

Tierschützer fordern mehr Auslauf. Bauern sind überraschend offen dafür

Kompromiss statt Initiative In der Landwirtschaft reden plötzlich Lager miteinander, die sonst vor allem streiten. Dabei rückt ein politisches Instrument in den Fokus, mit dem die Stimmbevölkerung letztmals 1976 Kontakt hatte.

Konrad Staehelin

Der Grossteil aller Nutztiere in der Schweiz erhält keinen Auslauf, darf sich also nicht auf einer grösseren Fläche unter freiem Himmel bewegen. Zwar nehmen die meisten Rinderzüchter an Programmen teil, die sie für den Auslauf der Tiere entschädigen. Doch es gibt viel mehr Hühner als Kühe – und die allermeisten Hühner verbringen ihr Leben im Stall.

Eine Allianz von Tierschutzorganisationen, bestehend aus Sentience, KAG Freiland, Vier Pfoten und der Stiftung Tier im Recht, will das ändern. Aus ihrer Sicht sollen alle Tiere Auslauf erhalten. Auch Importe tierischer Produkte sollen entsprechenden Vorschriften unterliegen.

Die Organisationen haben darum die Auslaufinitiative aufgegleist. Damit könnte dereinst die Stimmbevölkerung darüber befinden. Bisher haben die Organisationen ihre Basis dazu aufgerufen, ihre Unterschriften zuzusichern, und Zehntausende Franken eingesammelt. Der Start fürs Sammeln von 100'000 beglaubigten Unterschriften war für den Februar geplant.

Bauernverband in viele Konflikte verwickelt

Es präsentiert sich ein altbekanntes Bild: Umwelt- oder Tierschutzorganisationen stellen umfangreiche Forderungen auf und tragen sie vors Volk. Der Bauernverband bekämpft das Anliegen dann jeweils, warnt in drastischer Sprache vor den negativen Folgen für die Landwirte. Er setzt sich vor dem Volk jeweils deutlich durch.

Teilweise geht das ohne grössere Verwerfungen vonstatten, weil das Abstimmungsergebnis von Anfang an klar ist, wie vor einem Jahr bei der Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen. In prägender Erinnerung ist hingegen insbesondere die gehässig geführte Schlacht vor der Pestizid- und der Trink-



Die meisten Kühe haben Auslauf, nicht aber die Hühner: Kuhherde in Maur ZH. Foto: Urs Jaudas

wasserinitiative im Frühsommer 2021. Die Stimmbevölkerung lehnte auch diese mit gut 60 Prozent ab. Dieses Mal versuchen die Beteiligten, eine andere Lösung zu finden. Vertretenden der Tierschutzorganisationen und des Bauernverbands haben sich seit dem Sommer wiederholt getroffen und diskutiert, ob sie sich auf anderem Weg finden. Noch ist offen, ob das gelingt. Bei einem Erfolg würden die Tierschützer darauf verzichten, ihre Initiative zu lancieren. Als Zeichen des guten Willens haben sie ihre Unterschriftensammlung vorerst um ein paar Wochen verschoben. «Für uns steht im Zentrum, dass wir zählbare Resultate erzielen», begründet Chiara Augsbürger von KAG Freiland, die an

den Gesprächen mit dem Bauernverband dabei war, das Vorgehen. «Auf welchem Weg das gelingt, ist zweitrangig, solange das Ziel das gleiche bleibt.»

Das Vorgehen ist ungewöhnlich. Insbesondere für Nichtregierungsorganisationen kann es attraktiv sein, auf einer Volksinitiative zu beharren, statt sie zugunsten eines Kompromisses aufzugeben. Sie finanzieren sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge, und diese hängen stark von der medialen Sichtbarkeit ab. Ein Abstimmungskampf würde den Initiantinnen und Initianten zu zahlreichen Auftritten verhelfen.

Gegen den Weg der Initiative spricht, dass eine Kampagne vom Unterschriftensammeln bis zum Abstimmungskampf aufwendig

ist. Vor allem aber haben Umweltinitiativen historisch eine tiefe Erfolgchance. «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach», wollen sich die Tierschützer also sagen, sofern der Kompromiss annehmbar ist.

Kompromiss ist für beide Seiten ein Risiko

Wie dieser aussehen soll, ist noch nicht klar. Im Fokus stehen neue Deklarationsvorschriften, Zielvereinbarungen mit dem Detailhandel oder mehr Mittel für Tierwohlprogramme. Letztere müssten vom Parlament, das derzeit ums Sparen bemüht ist, bewilligt werden. Hier würden wohl Bauern und Tierschützer den ihnen nahestehenden Parlamentariern entsprechende Empfehlungen mitteilen.

Denkbar ist, dass dies bereits dieses Jahr im Rahmen der Verhandlung der Agrarpolitik ab 2030 geschieht. Sie beinhaltet eine Neuaufstellung der Direktzahlungen an die Bauern, also der Subventionen beispielsweise für Tierwohl oder Landschaftspflege. Abgemacht ist, dass als Nächstes der Bauernverband konkrete Vorschläge einbringt. Die Tierschutzorganisationen diskutieren derzeit, was für sie akzeptabel ist.

Für beide Verhandlungslager ist die Suche nach einem Kompromiss mit der Gefahr verbunden, dass Teile der Basis lieber auf Extrempositionen beharren. Viele Bauern dürften sich fragen, warum der Verband auf die Forderungen der politischen Gegner eingeht, wo die Chancen auf ei-

nen erneuten Sieg bei einer Volksabstimmung doch gut stehen.

Allerdings genießt das Anliegen bei vielen Landwirten auch Sympathie. Ihnen liegt das Wohlergehen ihrer Tiere am Herzen. Produkte von Tieren mit Auslauf erzielen höhere Preise. Viele Bauern würden gerne mehr Fleisch und Milchprodukte mit entsprechenden Labels produzieren. Doch die Konsumenten sind nicht bereit, den höheren Preis zu zahlen.

Auslaufinitiative wäre ein Kuriosum

Ausserdem könnte die Forderung nach Auslauf für Tiere grössere Teile der Bevölkerung ansprechen als bisherige Initiativen, die meist radikalere Forderungen beinhalteten. Käme es zu einer Abstimmung, bestünde für den Bauernverband das Risiko einer Niederlage. «Wir fürchten uns in keinster Weise vor der Abstimmung», sagt Verbandsdirektor Martin Rufer. «Eine jahrelange Diskussion in der Politik um die Initiative führt aber zu einer Blockade und bringt dem Tierwohl und den Bauernfamilien nichts.» Rufer hält die Vorschläge für wirtschaftlich sinnvoller. «Ich hoffe, dass sich die Initianten auch auf diesen pragmatischen Weg begeben.»

Selbst für den Fall, dass die Tierschützer sich dagegen entscheiden sollten, haben sie ein politisches Instrument gewählt, das Raum für Kompromisse lässt: Anders als bei Volksinitiativen üblich planen sie keine ausformulierte Verfassungsänderung. Stattdessen wollen sie eine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung einreichen.

Diese beinhaltet nur eine vage gehaltene Vorgabe, auf deren Basis das Parlament einen Text erarbeiten soll. Dieses Instrument kommt nur sehr selten zur Anwendung. Letztmals stimmte die Bevölkerung 1976 über eine in dieser Form eingereichte Vorlage ab, nämlich über die «Initiative für eine Reform des Steuerwesens».

Wird Glencore von einem Bergbauriesen geschluckt?

Mega-Deal Der Bergbaukonzern Rio Tinto will der Zuger Firma Glencore ein Übernahmeangebot vorlegen.

Die Frist für Glencore läuft: Bis zum 5. Februar muss der anglo-australische Bergbauriese Rio Tinto dem Zuger Rohstoffkonzern ein Angebot vorlegen. So verlangt es das britische Recht. Jedenfalls bestätigen beide Firmen die Fusionsgespräche. Das scheint schon einmal eine gute Diskussionsgrundlage.

Sollten sich die beiden Konzerne finden, entstünde das grösste Bergbauunternehmen der Welt. Der Börsenwert beträgt zusammengezählt 260 Milliarden Dollar, gemeinsam haben die Unternehmen mehr als 200'000 Beschäftigte – und der neue Gigant wäre weltweit einer der wichtigsten Lieferanten von Eisenerz, Kohle, Aluminium, Lithium und Nickel. Entscheidend für den Deal sind laut Marktanalysten die Kupferbestände, die Glencore und Rio Tinto in den Minen haben. Das Metall gilt als besonders wichtig für die Energiewende. Doch die Vorkommen sind ungleich verteilt. Die Analysten der britischen Bank Barclays schreiben, dass Rio Tinto zwar eine grosse Rolle im Kupfergeschäft spiele, aber weniger Wachstumspotenzial als Glencore habe. Die Zuger hingegen würden in ihren Minen über eine erstklassige Kupferpipeline verfügen.

Analysten der Deutschen Bank betonen die wirtschaftliche Logik des Deals. Die Kapitalkosten der Minenfirmen würden steigen, und einigen Unternehmen fehle es an «zukunftsorientierten» Metallen. Zusammenschlüsse könnten da Abhilfe schaffen. Das gelte auch in

diesem Fall. Das fusionierte Unternehmen Rio Tinto und Glencore könnte besser dastehen als die beiden Unternehmen allein, sind die Experten überzeugt.

Die Gerüchte über Gespräche zwischen den Unternehmen flackerten das letzte Mal vor zwei Jahren auf. Doch der damalige Rio-Tinto-Chef Jakob Stausholm war gegen eine Fusion, weil grosse Transaktionen einen Konzern lähmten. Doch Stausholm hat seinen Posten im letzten August geräumt, der Engländer Simon Trott ist auf ihn gefolgt.

Laut der Nachrichtenagentur Bloomberg ist das Hauptszenario für Rio Tinto nun eine Übernahme des gesamten Unternehmens Glencore mitsamt dem Kohlegeschäft. Das ist lukrativ, aber wegen der negativen

Folgen für das Klima bei vielen Investoren unbeliebt. Rio Tinto hat sich schon vor einigen Jahren von der Kohle getrennt. Möglich wäre daher, dass Rio Tinto das Kohlegeschäft in einem ersten Schritt übernimmt, später aber abspalten könnte.

So eine grosse Fusion gab es in der Schweiz noch nie

Sollte der Deal zustande kommen, wäre es nach Firmenwert die grösste Fusion mit Schweizer Beteiligung. Doch was bedeutet die mögliche Übernahme für den Standort Zug? In der Stadt hat der Konzern heute einen anderen Stellenwert als noch vor ein paar Jahren. Die Firma wird vielerorts geschätzt, die Skepsis ist kleiner geworden. Kein Wunder: Hier arbeiten rund

1000 Mitarbeitende in der Konzernzentrale.

Die Nachricht über die Fusionsgespräche sorgt aber für Verunsicherung. Wie zu hören ist, fragen sich die Mitarbeitenden, was die Pläne für sie bedeuten könnten. Welche Teile des Konzerns werden genau übernommen? Welche werden später wieder abgespalten? Und schliesslich: Welche Funktionen würden in Zug bleiben, welche könnten nach London oder Melbourne verlagert werden, wo Rio Tinto die Hauptquartiere hat?

Unklar ist daher auch, welche Folgen die Übernahme für den Kanton Zug hätte. Glencore gilt als der beste Steuerzahler des Kantons. Macht der mögliche Verlust der Steuereinnahmen die Politik schon nervös?

Offenbar nicht. Der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler wurde von der Firma schriftlich über die Thematik informiert. Derartige Transaktionen würden bis zu einer wie auch immer gearteten Realisierung unverhältnismässig viel Zeit in Anspruch nehmen, schreibt er auf Anfrage.

Offen ist auch, was Ivan Glasenberg von dem Vorhaben hält. Der ehemalige Glencore-Chef ist mit 10 Prozent der grösste Einzelaktionär der Firma und wird beim Deal eine entscheidende Rolle spielen. Kurzfristig dürfte er wohl zufrieden über die Gespräche sein: Nur schon die Möglichkeit eines Deals hat den Wert seiner Anteile um mehr als 500 Millionen Franken steigen lassen.

Jorgos Brouzos